

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Verlag: Auer Verlagsgesellschaft
Postfach 1000

Verlag: Auer Verlagsgesellschaft
Postfach 1000

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach 1000

Nr. 73

Sonntag, den 27. März 1932

27. Jahrgang

Lardieu fordert Beibehaltung der Tribute

Der französische Ministerpräsident über sein außenpolitisches Programm

Paris, 25. März. Im Senat hielt heute nachmittag Ministerpräsident Lardieu bei der Diskussion des auswärtigen Budgets eine hochwichtige politische Rede, in der er auf die gestrigen Ausführungen von Senator Bérenger und auf die heutigen Ausführungen des Senators Bérenger eingieng. Bérenger kritisierte die Methoden des Völkerbundes und äußerte auch Zweifel an dem Gelingen der Abrüstungskonferenz. Mindestens der deutsche und der sowjetrussische Abrüstungsplan seien unannehmbar. Der französische Vorschlag sei logisch und praktisch. Das Vertrauen in die Abrüstungskonferenz sei durch den chinesisch-japanischen Konflikt erschüttert. Das Bündnisystem sei nicht besonders glücklich, weil es letzten Endes doch zum Kriege führe. Deshalb müsse man die internationale Politik organisieren, deren Grundlage die Entente cordiale zwischen England und Frankreich sei. — Ministerpräsident Lardieu stellte fest, daß auch er unter dem Eindruck der von Bérenger geäußerten Ängste stehe. Seit sechs Monaten seien während diplomatischen Verwicklungen und militärischen Operationen sich verteilten, Männer aller Nationen von großem Zweifel und großer Angst befallen worden; sechs Monate lang seien in Paris und Genf Ausöhnungsversuche vom Völkerbund in einem Konflikt gemacht worden, der fast unlösbar schien, weil die Vereinten Staaten dem Völkerbund nicht angehöreten und weil England es nicht liebe, sich im Fernen Osten festzuliegen, ohne das Einverständnis mit Amerika sicher zu sein.

Der Völkerbund hat keinen Erfolg gehabt, weil man seit 18 Jahren daran gearbeitet habe, die Rolle des Völkerbundes zu vermindern. Immerhin hätten auf den letzten Appell des Ratpräsidenten die Nationen geantwortet. Nachdem nach vielfacher Ansicht die Organisation eines internationalen Faktors nicht das erwartete Ergebnis gehabt habe, stehe man vor folgender Aufgabe: Entweder werde man auf den Völkerbund verzichten oder man müsse sich entschließen, diese Organisation zu einer Realität zu machen. Die französische Regierung glaube, dieses Problem vollkommen in dem Projekt, das sie in der Abrüstungsfrage eingebracht habe, aufgelöst zu haben. Dieser Plan bringe eine 18jährige Tradition zum Ausdruck. Die Franzosen müßten gegenüber dem Ausland in dieser Hinsicht sich einig erklären. Dieser Plan sei nicht die Politik einer Regierung oder eines Ministers, sondern die Politik Frankreichs.

Wir verlangen, fuhr Lardieu fort, daß man dem Völkerbund eine Streitmacht zur Verfügung stellt, ferner politische Bedingungen insofern, als man den Völkerbund, wenn man ihm die Streitmacht zur Verfügung stellt, ihm auch eine geeignete Organisation geben muß, um sich dieser Streitmacht zu bedienen. In Schanghai war eine internationale Streitmacht, und doch nützte sie nichts, weil der Völkerbund nicht die Macht besaß, sich ihrer zu bedienen. Der Arm existierte, aber das Gehirn, ihn handeln zu lassen, fehlte.

Lardieu sprach dann von der Abrüstungskonferenz. Er habe niemals erklärt, daß die französischen Vorschläge im ganzen oder überhaupt nicht angenommen werden müßten. Er wolle die Abrüstungskonferenz gegen den Vorwurf verteidigen, nichts getan zu haben; Lardieu erinnerte an die Schaffung einer politischen Kommission und an den Beschluß der Konferenz, am 11. April die Kernfrage in Angriff zu nehmen. — Lardieu ging alsdann zur Reparationsfrage über.

Im Einnahmehudget von 1932 ständen 1.178.000.000 Franken, die der Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen am 1. Juli entsprächen, abzüglich der französischen Zahlungen an England und Amerika. Man habe die Aufnahme dieses Betrages in das Einnahmehudget anscheinend beibehalten. Aber das Gesetz habe dazu gezwungen. Andernfalls hätte das Parlament der Regierung einen Vorwurf machen können, denn das hätte gewissermaßen den Verzicht auf die Zahlungen Deutschlands bedeutet. Niemand hätte das der Regierung verziehen. Offenbar würden diese 1.178 Milliarden sich eines Tages auch in den französischen Taschen befinden, wie sie ins Budget eingeschrieben seien.

In der Reparationsfrage, so fuhr Lardieu fort, ist Frankreich zu freiwillig eingegangenen Angelegenheiten bereit, es lehnt aber die Verletzung der Unterschriften ab. Das bedeutet, daß wir auf der Lausanne Konferenz unsere Ansichten den Ansichten der anderen gegenüber haben,

aber mit dem Willen, fest zu bleiben, weil dies unser Recht ist und weil wir, da wir die Sicherheit von morgen auf der Unterschrift aufbauen wollen, nicht die Abkommen von gestern, die auf der Unterschrift begründet sind, zerbrechen lassen wollen. Frankreich wird bis zum Ende für die Realisierung der Unterpflichten einstreten, aber niemals zulassen, daß die Unterschrift auf irgendein Gewinn oder Verlustkonto geschrieben werden könnte, wie irgendein eingetragener Kredit.

Wenn nicht während der zwei Monate bis zur Lausanne Konferenz Maßnahmen ergriffen werden, könnten ernste Ereignisse eintreten. Die Länder Mitteleuropas befinden sich gegenwärtig im Zustand des Moratoriums. Man muß also schnellstens für die Rettung Mitteleuropas etwas tun. Wir haben Vorschläge gemacht, aber die Verhandlungen eingeleitet sind. Mit England nehmen sie einen guten Verlauf. Mit Deutschland und Italien verhandeln wir im Geiste des europäischen Wiederaufbaues und ohne politische Hintergedanken. Lardieu sagte dann zur allgemeinen Stellungnahme Frankreichs u. a.: Wir sind

bei den Ländern, die beim Friedensvertrag entstanden sind und seit 18 Jahren mit uns gearbeitet haben, niemals auf die geringste Feindseligkeit oder Opposition gestoßen. Was England anlangt, haben wir wieder die Gewohnheit angenommen, freundschaftlich und mit ihm ins Einverständnis zu gehen und man muß wünschen, daß dieses intime Hand-in-Handgehen so stark wird, daß es niemals wieder aufhört.

Lardieu sprach dann von Italien, einem großen Lande, mit dem wir wegen unserer Kultur und Rasse verbunden sind und von dem wir uns in gewissen Augenblicken vielleicht infolge gemeinsamer Fehler entfernten. Frankreich und Italien müßten eines Tages das, was sie trennt, und das, was sie gemeinsam hätten, ins rechte Licht setzen, dann würden die Gründe für eine Annäherung über die Gründe für eine Trennung den Sieg davontragen. Die gegenwärtigen innerpolitischen Schwierigkeiten sind ernst, so schloß Lardieu, aber wir können ihrer Herr werden. Unsere auf demokratischer Grundlage aufgebaute auswärtige Politik muß im wesentlichen darin bestehen, niemals zu lägen und stets mit offenen Karten zu spielen. Diese demokratische Politik ist begründet auf unserem Einverständnis mit England. — Lardieu erntete langanhaltenden Beifall.

Die Lohntarifverträge

nach dem 30. April

Kündigung nur in Ausnahmefällen — „Neue allgemeine Lohnherabsetzung nicht tragbar“

Erklärungen des Reichsarbeitsministeriums

Berlin, 24. März. Zu der Kritik einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohntarifverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrige, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen sei, von der Kündigungsbefugnis der Lohnsätze zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen würden. Ein solches Verhalten entspreche auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums.

Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die 4. Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Berücksichtigt erscheint lediglich in einzelnen Berufsgruppen die Anpassung der gegenüber dem allgemeinen Lohnstand noch überhöhten Löhne und Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeintliche Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben. Soweit Veränderungen erforderlich sind, sollten die Verhandlungen der Beteiligten bedingt eingeleitet werden, um auch von der Lohnseite her die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Belebung zu schaffen.

Im übrigen sind in der letzten Zeit vereinzelt Zweifel geäußert worden, ob nicht Tarifverträge, die zu ihrem Ablauf dem 30. April 1932 bedürfen, auch wenn diese nicht erfolgt, gleichwohl auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 mit dem 30. April 1932 von selbst ablaufen. Diese Zweifel sind, wie das Reichsarbeitsministerium weiter mitteilt, nach Wortlaut und Zweck der fraglichen Vorschriften der Notverordnung nicht berechtigt. Danach laufen Tarifverträge nur dann ohne Kündigung mit dem 30. April 1932 ab, wenn sie nicht auf längere Dauer abgeschlossen sind. „Auf längere Dauer“ — nämlich für unbestimmte Zeit — sind aber auch solche Tarifverträge abgeschlossen, die nach ihrem Inhalt zum Ablauf der Kündigung bedürfen.

Das Reichsarbeitsministerium nimmt ferner an, ohne damit der arbeitsgerichtlichen Entscheidung im Einzelfalle vorgreifen zu wollen, daß Kündigungen von Lohn- und Gehaltstarifverträgen, die vor dem Inkrafttreten der Notverordnung, also vor dem 8. Dezember 1931, abgeschlossen und später nicht wiederholt wurden, mit Rücksicht auf die durch die Vorschriften der Notverordnung grundlegend veränderte Lage nicht mehr als wirksam angesehen werden können, falls nicht besondere Umstände, wie die Tatsache, daß der Tarifvertrag nur einmal jährlich gekündigt werden kann, ausnahmsweise eine andere Auffassung bedingen.

Verhaftung von Arbeiterführern in Memel

Memel, 24. März. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, sind in den frühen Morgenstunden des heutigen Donnerstags von Beamten der politischen Polizei mehrere Führer der Arbeiterpartei verhaftet und zunächst nach dem Gebäude der politischen Polizei gebracht worden. Bei sämtlichen Verhafteten, deren genaue Zahl noch nicht festgestellt werden konnte, wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Dem Vorsitzenden der Landwirtschaftspartei, Wittergüldenberger, wurde der gleiche Zeitung zufolge, durch den Kriegskommandanten ein Strafbesehl über 500 Lit. ersatzweise zwei Wochen Gefängnis, zugegangen, da er in einer Versammlung gegen das neue Direktorium „gehört“ habe.

Die Sappo-Bewegung verboten

Hellingsdorf, 24. März. Der Innenminister hat heute die Sappo-Bewegung als illegal verboten.

Abbau der Sammelschulen (weltliche Schulen) in Braunschweig

Braunschweig, 24. März. Der Minister für Volkserziehung hat verfügt, daß mit Ablauf des Schuljahres 1931 in Braunschweig Volkserziehung und Schülern die Errichtung von Sammelschulen sowie die Reaufnahme von Kindern in Sammelschulen eingestellt wird.

Englisch-französische Verhandlungen über den Dawesplan

Paris, 26. März. Dawes behauptet, daß Ministerpräsident Lardieu gestern eine Mitteilung der englischen Regierung über den französischen Plan der wirtschaftlichen Restaurierung der Donauländer erhalten und darauf bereits geantwortet habe. Wahrscheinlich werde Lardieu in abnächster Zeit mit MacDonald und Sir John Simon zu einer Besprechung über diese Angelegenheit zusammentreffen.

Damit würde die Möglichkeit eines späteren Auspruchs zwischen MacDonald, Brüning, Grandi und Lardieu nicht ausgeschlossen. Möglicherweise werde dann die Begegnung zu einem Genf-Rat führen, wenn anlässlich der Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz die Außenminister der verschiedenen Länder dort versammelt seien.

Die Klage der Nationalsozialisten gegen Preußen

Leipzig, 24. März. Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 4 1/2 Uhr nachmittags gab der Vorsitzende Dr. Bunte folgende Erklärung ab: Rechtsanwalt Frank II hat in der Vormittagssitzung eine Äußerung getan, die dahin gedeutet werden könnte, als wolle er dem preussischen Minister des Innern den Vorwurf einer Täuschung der Öffentlichkeit machen. Die Erörterungen über diesen Punkt haben ergeben, daß Rechtsanwalt Frank dieser Gedanke ferngelogen hat. Damit darf ich diese Sache als erledigt betrachten.

Im übrigen habe ich mich auf Grund der Erörterungen, die im Verlaufe der Verhandlungen erfolgt